

Ressort: Politik

NRW-SPD arbeitet an Hartz-IV-Abschaffung

Düsseldorf, 13.08.2018, 07:42 Uhr

GDN - Die nordrhein-westfälische SPD arbeitet an der Abschaffung des Hartz-IV-Systems. "Wir brauchen eine große Sozialstaatsreform, die dann auch nicht mehr den Namen eines verurteilten VW-Managers tragen darf. Ich wünsche mir, dass aus der nordrhein-westfälischen SPD heraus dafür ein Modell entwickelt wird, das soziale Sicherheit und Leistungsgerechtigkeit endlich wieder in Einklang bringt", sagte Landtagsfraktionschef Thomas Kutschaty der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" (Montagsausgabe).

Die Partei müsse sich ehrlich machen, forderte Kutschaty: "Die SPD kann bis heute nicht erklären, warum der 49-jährige Facharbeiter nach einem Jahr Arbeitslosigkeit genauso behandelt wird wie der 25-Jährige, der noch keinen Tag in seinem Leben gearbeitet hat. Das hat das Gerechtigkeitsempfinden unserer Anhänger tief verletzt." Kutschaty, der im April gegen den Widerstand einflussreicher SPD-Größen in NRW zum Landtagsfraktionschef gewählt wurde, hatte schon beim Landesparteitag Ende Juni dazu aufgerufen, mit der Politik von Ex-Kanzler Gerhard Schröder zu brechen und dessen damalige Arbeitsmarkt-Reformen zu widerrufen. Angesichts der dramatischen Umfrage-Misere der SPD gilt die sozialpolitische Kehrtwende als Versuch, abgewanderte Stammwähler gerade im Ruhrgebiet zurückzugewinnen. SPD-Vizekanzler Olaf Scholz hatte sich dagegen mehrfach gegen die Abschaffung von Hartz IV ausgesprochen. Er sei seit 13 Jahren Berufspolitiker, sagte Kutschaty weiter, "und es vergeht seither kein Tag, an dem ich nicht von unseren Mitgliedern und Anhängern auf Fehlentwicklungen durch die Hartz-IV-Reformen angesprochen werde. Dann muss man auch endlich den Mut haben zu sagen: Wir ändern das. Und zwar ohne Freibier für alle zu versprechen." Kutschaty ließ zunächst offen, ob die geplante Sozialstaatsreform von der NRW-SPD als Antrag für einen Bundesparteitag oder mit Hilfe einer Expertenkommission erarbeitet wird. Als Stellschraube gilt die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I, die bei Menschen mit langjähriger Erwerbsbiografie auf bis zu 36 Monate ausgeweitet werden soll. Zudem sind Korrekturen beim sogenannten Schonvermögen im Gespräch, damit erkrankte oder unverschuldet arbeitslos gewordene Menschen nicht mehr ihre gesamten Ersparnisse aufzehren müssen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-110245/nrw-spd-arbeitet-an-hartz-iv-abschaffung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619